Einladung

zur 19. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Geilenkirchen am

Dienstag, dem 16.06.2020, 18:00 Uhr

in der **Aula der Städtischen Realschule, Gillesweg 1, 52511 Geilenkirchen**

Tagesordnung

1. Antrag der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen, CDU und SPD zur finanziellen Förderung des Stadtjugendring Geilenkirchen
Vorlage: 1833/2020
2. Fortführung des Beratungs- und Unterstützungsangebotes für junge Menschen der LSBT* - Gruppe – Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle –
Vorlage: 1823/2020
3. Bericht der Verwaltung über den Stand der Ausbaumaßnahmen im Bereich der Kindertageseinrichtungen
Vorlage: 1826/2020
4. Belegung von U3-Plätzen mit Ü3-Kindern in begründeten Einzelfällen
Vorlage: 1827/2020
5. Bericht der Verwaltung über die Maßnahmen im Hinblick auf die Betreuungslücke für Vorschulkinder vom 01.08.2020 bis zum Schulbeginn
Vorlage: 1829/2020
6. Zertifizierung der katholischen Kindertageseinrichtungen zum Familienzentrum im Verbund
Vorlage: 1924/2020
7. Verteilung der Landeszuschüsse für plusKITA und Sprachförderung
Vorlage: 1925/2020
8. Bericht der Verwaltung über die Ausgestaltung der Hilfen und Leistungen des Jugendamtes in der Hochphase der Corona-Krise
Vorlage: 1923/2020
9. Anfragen

gez. Mesaros
Ausschussvorsitzender

Jugend- und Sozialamt
05.06.2020
1833/2020

Anträge

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Jugendhilfeausschuss	Entscheidung	16.06.2020

Antrag der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen, CDU und SPD zur finanziellen Förderung des Stadtjugendring Geilenkirchen

Antragstext:

Auf den beigefügten Antrag der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen, CDU und SPD vom 27.02.2020 wird verwiesen.

Der Antrag zielt darauf ab, den Stadtjugendring in diesem Jahr mit einem Festbetrag von 3.000 € zu unterstützen. Gemäß § 7 Abs. 3 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Geilenkirchen hat der Jugendhilfeausschuss Beschlussrecht in Angelegenheiten der Jugendhilfe im Rahmen der vom Rat bereitgestellten Mittel. Der Rat hat auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses im Untersachkonto 45100-76000 „Kosten für Maßnahmen der Jugendarbeit“ Mittel von 7.000 € bereitgestellt. Aus diesem Budget werden seit Jahren Maßnahmen finanziert, die das Jugendamt zum großen Teil in Kooperation mit dem Stadtjugendring und dem Zille durchführt. Sofern der Stadtjugendring ein eigenes Budget erhält, kann ein Teil der Maßnahmen unmittelbar vom Stadtjugendring geplant und auch finanziert werden, so dass das im genannten Untersachkonto bereitgestellte Budget voraussichtlich zu einem Anteil von 3.000 € nicht ausgeschöpft werden wird. Somit kann der Jugendhilfeausschuss abschließend über die Bereitstellung eines Budgets für den Stadtjugendring entscheiden. In der Sitzung werden die Vorsitzende und der Geschäftsführer des Stadtjugendrings anwesend sein und Fragen beantworten können.

Anlage:

Antrag der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen, CDU und SPD vom 27.02.2020

(Jugend- und Sozialamt, Herr Schulz, 02451 - 629 325)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schmitz,

Sehr geehrter Herr Mesaros,

Geilenkirchen, 27.02.2020

die Fraktionen von - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – CDU – und SPD im Rat der Stadt Geilenkirchen bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung des nächsten Jugendhilfeausschusses zu setzen.

Finanzielle Förderung des Stadtjugendring Geilenkirchen

Begründung:

Der Stadtjugendring Geilenkirchen ist die Dachorganisation der im Stadtgebiet jugendpflegerisch tätigen Vereine, Institutionen und Organisationen.

Ziel des Stadtjugendring Geilenkirchen ist u. a., die verschiedenen Gruppen in einer Arbeitsgemeinschaft zusammen zu schließen, um so die Belange der Jugend besser zu fördern, ihre gemeinsamen Interessen in der Öffentlichkeit zu vertreten und gemeinsame Aktionen durchzuführen.

Seit vielen Jahren arbeiten die ehrenamtlich Tätigen ohne direkte finanzielle Unterstützung der Stadt.

In persönlichen Gesprächen konnten uns Vertreter des Stadtjugendringes darlegen, dass zur Aufrechterhaltung, Ausweitung und Verbesserung der bisherigen guten Arbeit, eine finanzielle Förderung nötig sei.

Um die konkrete Arbeit des Stadtjugendringes in Geilenkirchen zu unterstützen, stellen die oben aufgeführten Fraktionen folgenden Antrag.

Antrag:

- Der Stadtjugendring Geilenkirchen wird 2020 aus dem laufenden Jugendhilfehaushalt mit einem Festbetrag von 3000 Euro unterstützt.

- In den Folgejahren bekommt der Stadtjugendring Geilenkirchen 3000 Euro jährlich zur sachdienlichen Verwendung und weitere 2000 Euro werden zusätzlich für eventuell geplante Projekte bereitgestellt.
- Entsprechend wird eine Summe von 5000 Euro p.a. zur Unterstützung des Stadtjugendringes in den Haushaltsplanungen berücksichtigt.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Benden
Bündnis 90/Die Grünen

Lars Speuser
CDU

Christoph Grundmann
SPD

Jugend- und Sozialamt
04.06.2020
1823/2020

Vorlage

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Jugendhilfeausschuss	Entscheidung	16.06.2020

Fortführung des Beratungs- und Unterstützungsangebotes für junge Menschen der LSBT* - Gruppe – Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle –

Sachverhalt:

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 04.10.2018 beschlossen, die Einführung eines Beratungs- und Unterstützungsangebotes durch das Jugendhaus Franz von Sales durch Zusicherung eines Betriebskostenzuschusses in Höhe der ungedeckten Aufwendungen zu unterstützen. Nachdem es dem Jugendhaus Franz von Sales gelungen war, durch das Land einen Betriebskostenzuschuss von 85 % der Gesamtausgaben zu erhalten, musste die Stadt nur noch einen Betriebskostenzuschuss von 5 % der Gesamtausgaben (ca. 750 €) tragen, während das Jugendhaus Franz von Sales einen Kostenanteil von 10 % als Eigenanteil übernahm.

Die Beratungsstelle konnte hierdurch am 27.04.2019 ihren Betrieb aufnehmen. Die Landesförderung wurde für ein Jahr, bis zum 30.04.2020, bewilligt.

Das Jugendhaus beabsichtigte, das Beratungsangebot nach Ende des Bewilligungszeitraumes fortzusetzen und hat beim Landschaftsverband Rheinland die Bezuschussung für ein weiteres Jahr beantragt. Infolge der Corona-Krise konnte die Anschlussbewilligung nicht ab dem 01.05.2020 erfolgen, sondern es erfolgt zurzeit die Prüfung für die Bezuschussung für die Zeit vom 01.06.2020 bis 30.04.2021, also für 11 Monate. Für den Fall der Bewilligung bittet das Jugendhaus um die Fortführung der städtischen Bezuschussung.

Die Verwaltung befürwortet das Vorhaben, zumal das seinerzeit dem Jugendhilfeausschuss vorgestellte Konzept eine Startphase von 18 Monaten vorsah.

Der Leiter des Jugendhauses Franz von Sales, Herr Barwinski, wird in der Sitzung über die bisherigen Erfahrungen mit der Beratungsstelle berichten und fachlich begründen, warum das Angebot weitergeführt werden sollte.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Jugendhaus Franz von Sales vertraglich zu vereinbaren, im Falle der Weiterführung des Beratungs- und Unterstützungsangebotes für junge Menschen der LSBT* - Gruppe in der Zeit vom 01.06.2020 bis 30.04.2021 einen Betriebskostenzuschuss zu leisten. Der Zuschuss beträgt 5 % der tatsächlich entstehenden Gesamtkosten, höchstens 5 % der laut Bewilligungsbescheid des Landschaftsverbandes Rheinland förderfähigen Gesamtausgaben.

TOP Ö 3

Jugend- und Sozialamt
04.06.2020
1826/2020

Informationsvorlage

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Jugendhilfeausschuss	Kenntnisnahme	16.06.2020

Bericht der Verwaltung über den Stand der Ausbaumaßnahmen im Bereich der Kindertageseinrichtungen

Sachverhalt:

Die Verwaltung wird in der Sitzung über den Stand der Ausbaumaßnahmen im Bereich der Kindertageseinrichtungen berichten.

(Jugend- und Sozialamt, Herr Lehnen, 02451 - 629 322)

Vorlage

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Jugendhilfeausschuss	Entscheidung	16.06.2020

Belegung von U3-Plätzen mit Ü3-Kindern in begründeten Einzelfällen

Sachverhalt:

Im Zuge der Kibiz-Revision zum Kindergartenjahr 2020/2021 ermöglicht der Landesgesetzgeber den örtlichen Jugendämtern durch die neue Regelung des § 55 Abs. 2 KiBiz, im Rahmen der U3-Investitionsprogramme neu geschaffene U3-Plätze im Einzelfall mit Ü3-Kindern zu belegen, sofern die örtliche Jugendhilfeplanung bestimmt, dass diese Plätze weiterhin vorrangig mit U3-Kindern belegt werden. Um im Einzelfall entsprechend verfahren zu können, ist eine entsprechende Beschlussfassung des Ausschusses notwendig.

Alle im Rahmen des U3-Ausbaus neu geschaffenen Betreuungsplätze für Kinder im Alter von unter drei Jahren, für die finanzielle Fördermittel aus den U3-Investitionsprogrammen in Anspruch genommen wurden, unterliegen einer Zweckbindung und sind daher grundsätzlich nur mit U3-Kindern zu belegen. Die Zweckbindung für Neubaumaßnahmen beträgt beispielsweise 20 Jahre.

Eine Belegung mit Kindern ab einem Alter von drei Jahren ist innerhalb der Zweckbindungsfrist förderschädlich und führt zur Rückforderung der betreffenden Fördermittel durch das Land NRW. Das Landesjugendamt hat hierauf bei den letzten Fachinformationstagen für die Jugendämter noch einmal ausdrücklich hingewiesen.

Zwischenzeitlich hat sich, insbesondere auch vor dem Hintergrund der hohen Nachfrage nach Ü3-Plätzen, in vielen Jugendamtsbezirken gezeigt, dass eine solch starre Verfahrensweise oft den Bedarfen vor Ort nicht gerecht wird. Daher hat der Gesetzgeber nunmehr die Möglichkeit zu Ausnahmen ermöglicht.

Auch in Geilenkirchen bestand bereits die Situation, dass nicht alle U3-Plätze in einer Kita eines Außenortes mit U3-Kindern belegt werden konnten, weil das Angebot höher als die Nachfrage war. Die Nachfrage nach Ü3-Plätzen und der sich hieraus ergebende Druck der Eltern waren jedoch gerade in diesem Bereich sehr hoch. Um hier zukünftig flexibel und im Sinne der einzelnen Träger und Einrichtungen förderunschädlich handeln zu können, möchte die Verwaltung von der Möglichkeit des § 55 Abs. 2 KiBiz (ab 01.08.2020) Gebrauch machen und schlägt dem Ausschuss vor, einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass Betreuungsplätze in Geilenkirchen, die seit 2008 im Rahmen der U3-Investitionsprogramme geschaffen wurden, vorrangig mit Kindern unter drei Jahren belegt werden und bei Abweichungen in begründeten Einzelfällen die Zweckbindung weiterhin als erfüllt gilt. Der Ausschuss macht insofern mit Wirkung ab dem 01.08.2020 von seinem Recht nach § 55 Abs. 2 KiBiz Gebrauch.

Jugend- und Sozialamt
05.06.2020
1829/2020

Informationsvorlage

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Jugendhilfeausschuss	Kenntnisnahme	16.06.2020

Bericht der Verwaltung über die Maßnahmen im Hinblick auf die Betreuungslücke für Vorschulkinder vom 01.08.2020 bis zum Schulbeginn

Sachverhalt:

Im letzten Jahr wurde von den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses die Frage diskutiert, wie für Vorschulkinder der Rechtsanspruch auf Betreuung im Zeitraum von der Beendigung der Kitabetreuung am 01.08. eines Jahres bis zum Schulbeginn sichergestellt werde. Die Verwaltung erklärte hierzu, dass gegenüber dem Jugendamt für kein Kind ein entsprechender Anspruch geltend gemacht wurde. Um in Einzelfällen bestehenden Betreuungslücken entgegen zu wirken, hat die Verwaltung seinerzeit eine Abfrage bei den von der Problematik betroffenen Familien angekündigt.

Die Verwaltung hat zwischenzeitlich die Eltern der aktuell in den Kindertageseinrichtungen in Geilenkirchen betreuten Vorschulkinder angeschrieben und aufgefordert, über einen ausgehändigten Vordruck ihren Betreuungsbedarf für den Zeitraum vom 01.08.2020 bis zum Schulbeginn gegenüber dem Jugendamt geltend zu machen.

Die Verwaltung wird in der Sitzung unter Berücksichtigung der bis dahin geltend gemachten Bedarfe die Planungen zur Sicherstellung einer Betreuung für die betreffenden Kinder vorstellen.

(Jugend- und Sozialamt, Herr Lehnen, 02451 - 629 322)

Jugend- und Sozialamt
04.06.2020
1924/2020

Vorlage

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Jugendhilfeausschuss	Entscheidung	16.06.2020

Zertifizierung der katholischen Kindertageseinrichtungen zum Familienzentrum im Verbund

Sachverhalt:

Die Einrichtung neuer Familienzentren ist in der Vergangenheit durch das Land NRW kontingiert worden, sodass nicht eine unbegrenzte Anzahl von Familienzentren entstehen konnte. Im Rahmen der durch das Land vorgegebenen Kontingentierung wurde die Zahl der Familienzentren jedoch schrittweise weiter ausgebaut. Nachdem zuletzt die Kita Triangel zum Familienzentrum zertifiziert werden konnte, wurde der Stadt Geilenkirchen die Einrichtung eines weiteren Familienzentrums ermöglicht. Auf Nachfrage der Verwaltung des Jugendamtes hat der katholische Kirchengemeindeverband eine Interessenbekundung an der Einrichtung eines Familienzentrums im Verbund abgegeben. Der Träger plant die Einbindung aller fünf Einrichtungen in das Familienzentrum. Die Verwaltung möchte dem Ersuchen des Kirchengemeindeverbandes gerne nachkommen und empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss, einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Zukünftig wären dann bis auf die Elterninitiative „Die Waldwichtel e.V.“ alle Träger durch ein Familienzentrum im Jugendamtsbezirk Geilenkirchen präsentiert. Für die Familien in Geilenkirchen sollte sich hieraus ein weiterer Mehrwert ergeben.

Beschlussvorschlag:

Die katholischen Kindertageseinrichtungen im Jugendamtsbezirk Geilenkirchen werden für die Zertifizierungsphase zum Familienzentrum im Verbund benannt.

(Jugend- und Sozialamt, Herr Lehnen, 02451 - 629 322)

Jugend- und Sozialamt
05.06.2020
1925/2020

Vorlage

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Jugendhilfeausschuss	Entscheidung	16.06.2020

Verteilung der Landeszuschüsse für plusKITA und Sprachförderung

Sachverhalt:

Der Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen hat eine Revision des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) verabschiedet, die am 01.08.2020 in Kraft treten wird.

Die bereits mit der Revision des Kibiz im Jahr 2014 eingeführten Regelungen zu den Landeszuschüssen für plusKITAs sowie für die alltagsintegrierte Sprachförderung hat der Landesgesetzgeber im Rahmen der ab dem 01.08.2020 geltenden §§ 44 und 45 KiBiz übernommen. Die Höhe der jährlichen Förderung für eine plusKITA wurde von ursprünglich 25.000 € auf 30.000 € angehoben.

Nach § 44 der ab dem 01.08.2020 geltenden Gesetzesfassung ist eine plusKITA eine Kindertageseinrichtung, die einen hohen Anteil von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf des Bildungsprozesses, insbesondere mit sprachlichem Förderbedarf, betreut.

Die ab dem 01.08.2020 geltenden Regelungen zu den Zuschüssen sind der Vorlage als Auszug aus dem Gesetzestext beigelegt.

Aus den Landeszuschüssen sollen die Jugendämter vor Ort Einzelzuschüsse für Kindertageseinrichtungen, die vom Jugendhilfeausschuss im Rahmen der Jugendhilfeplanung unter Berücksichtigung der in § 45 Abs. 1 KiBiz genannten Auswahlkriterien festzulegen sind, bewilligen. Grundlage für die Bewilligung und die Weiterleitung der Mittel an die Träger ist ein entsprechender Beschluss des Jugendhilfeausschusses. Auf der Grundlage der bisher geltenden Regelungen wurden bereits in 2014 und 2019 entsprechende Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gefasst.

Insgesamt bewilligt das Land dem Jugendamt für die Dauer von 5 Jahren jährlich einen Landeszuschuss für plusKITAs sowie für die Sprachförderung i. H. v. insgesamt 125.000 €.

Die Verwaltung des Jugendamtes hat mittels der in § 45 Abs. 1 KiBiz genannten Kriterien eine Gewichtung der Kindertageseinrichtungen durchgeführt. Die Gewichtung ist der Vorlage als Anlage beigelegt.

Unter Berücksichtigung der erfolgten Gewichtung sowie des bisherigen Förderverfahrens, welches sich aus Sicht der Verwaltung des Jugendamtes in den vergangenen Jahren bewährt hat, schlägt die Verwaltung dem Jugendhilfeausschuss vor, die Kita der AWO in der Lütticher Str. 30 sowie die katholische Kita St. Maria Namen in Gillrath für die Dauer der nächsten fünf Kita-Jahre zu plusKITAs zu benennen und diesen in diesem Zeitraum eine jährliche Fördersumme i. H. v. jeweils 30.000 € zu zuweisen. Alle weiteren Kitas im Jugendamtsbezirk Geilenkirchen sollen für die Dauer der nächsten fünf Kita-Jahre eine jährliche Fördersumme i. H. v. jeweils 5.000 € für die ergänzende Sprachförderung erhalten.

Sprachförderbedarf erstreckt sich nicht nur auf Kinder, die einen Migrationshintergrund haben oder in deren Familie kein oder nur wenig deutsch gesprochen wird. Vielmehr erstreckt sich der Sprachförderbedarf mitunter auf alle sozialen Schichten und alle Einrichtungen. Durch die vorgeschlagene Verteilung der Fördersummen werden alle Kindertageseinrichtungen in Geilenkirchen in die Lage versetzt, durch personelle Aufstockungen dem Sprachförderbedarf gezielter nachzukommen.

Im Rahmen der erfolgten Gewichtung würde die neue städt. Kita Martin-Heyden-Straße, die derzeit noch in den städtischen Unterkünften an der Friedensburg untergebracht ist, als plusKITA eine erhöhte Fördersumme erhalten müssen. Da sich die Gewichtung jedoch bei der Inbetriebnahme der beiden derzeit noch nicht laufenden Gruppen voraussichtlich für einen erheblichen Teil des Zeitraums von 5 Jahren verschieben wird, schlägt die Verwaltung die vorgenannte Regelung und eine damit verbundene Abweichung von der aktuellen Gewichtung vor.

Träger mehrerer Kindertageseinrichtungen werden durch die vorliegende Verteilung in die Lage versetzt, einrichtungsübergreifend einzusetzendes Personal zu beschäftigen.

Beschlussvorschlag:

Die Kita Lütticher Str. 30 der AWO sowie die katholische Kita St. Maria Namen in Gillrath werden für die Dauer der nächsten fünf Kindergartenjahre zu plusKitas benannt und erhalten in diesem Zeitraum jeweils einen Förderbetrag i. H. v. 30.000 € pro Kindergartenjahr. Alle weiteren derzeit in Betrieb befindlichen Kindertageseinrichtungen im Jugendamtsbezirk Geilenkirchen erhalten für den vorgenannten Zeitraum jährlich einen Förderbetrag i. H. v. jeweils 5.000 € für die Sprachförderung.

Anlagen:

Auszug aus dem KiBiz
Gewichtung §45 KiBiz ab 08-2020

(Jugend- und Sozialamt, Herr Lehnen, 02451 - 629 322)

TOP Ö 7

Auszug aus dem Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz)

§ 44 – plusKITAs

(1) Die plusKITA ist eine Kindertageseinrichtung mit einem hohen Anteil von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf des Bildungsprozesses, insbesondere mit sprachlichem Förderbedarf. Sie muss als plusKITA in die örtliche Jugendhilfeplanung aufgenommen worden sein.

(2) Die plusKITA hat in besonderer Weise die Aufgabe,

1. bei der individuellen Förderung der Kinder deren Potenziale zu stärken, die alltagskulturelle Perspektive zu berücksichtigen und sich an den lebensweltlichen Motiv- und Problemlagen der Familien zu orientieren,
2. zur Stärkung der Bildungschancen auf die Lebenswelt und das Wohnumfeld der Kinder abgestimmte pädagogische Konzepte und Handlungsformen zu entwickeln,
3. auf Grundlage der Beobachtungsergebnisse individuelle Bildungs- und Förderangebote zur gezielten Unterstützung der sprachlichen Bildung zu entwickeln und alltagsintegriert durchzuführen,
4. im Team regelmäßig und mit Unterstützung der Fachkraft nach Absatz 3 die pädagogische Arbeit zu reflektieren und weiterzuentwickeln,
5. zur Stärkung der Bildungschancen und zur Steigerung der Nachhaltigkeit, die Eltern durch adressatengerechte Elternarbeit, -beratung und -stärkung regelmäßig in die Bildungsförderung einzubeziehen,
6. sich über die Pflichten nach § 13 hinaus in die lokalen Netzwerkstrukturen durch jeweils eine feste Ansprechperson aus der Kindertageseinrichtung einzubringen,
7. sich zur Weiterentwicklung der individuellen zusätzlichen Sprachförderung, über die Pflichten nach § 19 hinaus, zum Beispiel durch die regelmäßige Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zu qualifizieren und die Bildungs- und Erziehungsarbeit den speziellen Anforderungen anzupassen und
8. die Ressourcen ihres pädagogischen Personals durch konkrete Maßnahmen, beispielsweise regelmäßige Supervision, Schulung und Beratung, Fort- und Weiterbildung oder größere Multiprofessionalität im Team zu stärken.

(3) Jede plusKITA soll im Team eine sozialpädagogische Fachkraft mit einem Umfang von mindestens einer halben Stelle beschäftigen. Diese Fachkraft verfügt in der Regel über nachgewiesene besondere Erfahrungen und Kenntnisse im Bereich der Umsetzung alltagsintegrierter Sprachbildung und -förderung. Der Träger stellt sicher, dass diese Fachkraft durch die regelmäßige Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen und regelmäßigen Austausch mit der Fachberatung die speziellen Anforderungen dieser Tageseinrichtung systematisch sichert und weiterentwickelt. Alle in einer plusKITA tätigen sozialpädagogischen oder weiteren Fachkräfte und, soweit möglich, auch die übrigen pädagogischen Kräfte im Team sollen auf der Basis des Curriculums zur „Alltagsintegrierten Sprachbildung und Beobachtung im Elementarbereich - Grundlagen für Nordrhein-Westfalen“ fortgebildet sein und sich kontinuierlich weiter qualifizieren.

(4) Sofern Kindertageseinrichtungen in Einzelfällen 5 000 Euro für zusätzliche Sprachförderung erhalten, stellt der Träger sicher, dass eine sozialpädagogische Fachkraft gruppenübergreifend für die Umsetzung der Anforderungen zur „Alltagsintegrierten Sprachbildung und Beobachtung im Elementarbereich“ besonders durch engen Austausch mit der Fachberatung und regelmäßige Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen Sorge trägt.

§ 45 - Landeszuschuss für plusKITAs und andere Einrichtungen mit zusätzlichem Sprachförderbedarf

- (1) Das Land gewährt dem Jugendamt einen Zuschuss für plusKITAs und andere Einrichtungen mit zusätzlichem Sprachförderbedarf. Das Land stellt hierfür im Kindergartenjahr 2020/2021 einen Betrag von 100 Millionen Euro landesweit zur Verfügung. Der Anteil des Jugendamts ergibt sich
1. zu 75 Prozent aus der Anzahl der Kinder im Jugendamtsbezirk unter sechs Jahren in Familien mit Leistungsbezug zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitssuchende – in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2011 (BGBl. I S. 850, 2094) in der jeweils geltenden Fassung, im Verhältnis zur landesweiten Gesamtzahl der Kinder unter sechs Jahren in Familien mit Leistungsbezug nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und
  2. zu 25 Prozent aus der Anzahl der Kinder unter sechs Jahren im Jugendamtsbezirk in Kindertageseinrichtungen, in deren Familien vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird im Verhältnis zur landesweiten Gesamtzahl der Kinder unter sechs Jahren in Kindertageseinrichtungen, in deren Familien vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird.

Der Zuschuss beträgt je Jugendamt mindestens 30.000 Euro.

Grundlagen der Berechnung für jeweils fünf Jahre sind

1. für die Anzahl der Kinder unter sechs Jahren in Familien mit Leistungsbezug zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, die Angaben der Bundesagentur für Arbeit für den Monatsbericht März des dem Fünfjahreszeitraum vorausgegangenen Kalenderjahres und
  2. für die Anzahl der Kinder, in deren Familie vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird, die Daten nach § 99 Absatz 7 des Achten Buches Sozialgesetzbuch zum Stichtag 1. März des dem Fünfjahreszeitraum vorausgegangenen Kalenderjahres.
- (2) Voraussetzung für diesen Zuschuss ist, dass das Jugendamt die Mittel als Zuschüsse in Höhe von mindestens 30.000 Euro an plusKITAs im Sinne des § 44 weiterleitet. Soweit es innerhalb eines Jugendamtsbezirkes zur kontinuierlichen Sicherung der pädagogischen Arbeit bei einzelnen Tageseinrichtungen auf Basis früherer Landeszuschüsse für zusätzlichen Sprachförderbedarf erforderlich ist, kann in Ausnahmefällen bis einschließlich zum Kindergartenjahr 2024/2025 ein Teil der auf das Jugendamt entfallenden Mittel an Einrichtungen als Zuschuss für zusätzlichen Sprachförderbedarf in Höhe von mindestens 5.000 Euro weitergeleitet werden. Die jeweiligen Tageseinrichtungen müssen als solche in die Jugendhilfeplanung aufgenommen worden sein. Die Zuschüsse sind für pädagogisches Personal einzusetzen. Zuschüsse, die nicht zweckentsprechend verwendet werden, sind zurück zu zahlen, sie sind nicht rücklagefähig. Die Aufnahme in diese Förderung erfolgt in der Regel unbefristet, grundsätzlich aber mindestens für fünf Jahre. Das Jugendamt erklärt gegenüber dem Land die zweckentsprechende Verwendung der nach diesem Absatz an die Träger geleisteten Zuschüsse und legt diese über hierfür eingerichtete elektronische Systeme durch vereinfachten Verwendungsnachweis spätestens zum 30. Juni des auf das Ende des Kindergartenjahres folgenden Kalenderjahres vor. § 37 und § 38 Absatz 1 Satz 2 gelten entsprechend.
- (3) Das Jugendamt stellt sicher, dass mit diesen Zuschüssen auch die Kinder gefördert werden, bei denen nach § 36 Absatz 2 oder 3 des Schulgesetzes NRW ein zusätzlicher Sprachförderbedarf bescheinigt worden ist.

TOP Ö 7

Einrichtung	Plätze insgesamt	%	Familie bezieht Leistungen nach SGB II/ SGB XII/ AsylbLG	%	Kinder, die in der Familie vorrangig nicht die deutsche Sprache sprechen	%	Gewichtung*2	Rangreihenfolge
Städt. Kita Bauchem	71	100	12	16,90	20	28,17	78,87	5
Städt. Kita Beeck *1	0	100	0	0,00	0	0,00	0,00	15
Städt. Kita Immendorf	92	100	4	4,35	17	18,48	31,52	12
Städt. Kita Teveren	99	100	8	8,08	29	29,29	53,54	10
Städt. Kita Wurmmatrosen	41	100	14	34,15	21	51,22	153,66	1
Kita AWO Stadtmitte	124	100	22	17,74	34	27,42	80,65	4
Kita AWO Jahnstraße	89	100	11	12,36	29	32,58	69,66	8
Kita AWO Lütticher Straße	58	100	19	32,76	25	43,10	141,38	2
Kita Triangel Lebenshilfe	63	100	10	15,87	10	15,87	63,49	9
Kita Waldwichtel Selfkantkaserne	42	100	1	2,38	14	33,33	40,48	11
Kiga St. Anna	42	100	4	9,52	16	38,10	66,67	7
Kiga St. Gereon	61	100	6	9,84	1	1,64	31,15	13
Kiga St. Johannes Baptist	40	100	2	5,00	4	10,00	25,00	14
Kiga St. Mariä-Namen	42	100	10	23,81	9	21,43	92,86	3
Kiga St. Ursula	84	100	18	21,43	11	13,10	77,38	6
Gesamt	948	100	141	14,87	240	25,32		

*1 : Auswertung nicht möglich, da Kita erst im Sommer 2020 öffnet

*2 : 75 % aus der Anzahl der Kinder unter 6, deren Eltern Sozialleistungen (3. Spalte) beziehen, 25 % aus der Anzahl der Kinder unter 6 Jahren in deren Familien vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird (§ 45 Abs. 1)

Gewichtung nach § 45 KIBiz ab dem 01.08.2020

TOP Ö 8

Jugend- und Sozialamt
04.06.2020
1923/2020

Informationsvorlage

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Jugendhilfeausschuss	Kenntnisnahme	16.06.2020

Bericht der Verwaltung über die Ausgestaltung der Hilfen und Leistungen des Jugendamtes in der Hochphase der Corona-Krise

Sachverhalt:

Die Verwaltung wird berichten, wie die Aufgaben des Jugendamtes in der Zeit ab dem 26.02.2020 erfüllt wurden.

(Jugend- und Sozialamt, Herr Schulz, 02451 - 629 325)